

Unverkäufliche Leseprobe aus:

**Volker Ullrich**

**Adolf Hitler**

**Die Jahre des Untergangs 1939 – 1945**

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

# 1

## Die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs

»Ich habe das Chaos in Deutschland überwunden, die Ordnung wiederhergestellt, die Produktion auf allen Gebieten unserer nationalen Wirtschaft ungeheuer gehoben (...)«, zog Hitler am 28. April 1939, nur wenige Tage nach seinem 50. Geburtstag, vor dem Reichstag Bilanz seiner sechsjährigen Herrschaft, und er fuhr fort: »Um den Bedrohungen durch eine andere Welt vorzubeugen, habe ich das deutsche Volk nicht nur politisch geeint, sondern auch militärisch aufgerüstet, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 448 Artikeln die gemeinste Vergewaltigung enthält, die jemals Völkern und Menschen zugemutet worden ist. Ich habe die uns 1919 geraubten Provinzen dem Reich wieder zurückgegeben, (...) ich habe die tausendjährige historische Einheit des deutschen Lebensraumes wiederhergestellt, und ich habe (...) mich bemüht, dieses alles zu tun, ohne Blut zu vergießen und ohne meinem Volk oder anderen daher das Leid des Krieges zuzufügen. Ich habe dies (...) als ein noch vor 21 Jahren unbekannter Arbeiter und Soldat meines Volkes, aus meiner eigenen Kraft geschaffen und kann daher vor der Geschichte es in Anspruch nehmen, zu jenen Menschen gerechnet zu werden, die das Höchste leisteten, was von einem einzelnen billiger- und gerechterweise verlangt werden kann.«<sup>1</sup>

Was der Diktator selbstredend verschwie, war die Kehrseite dieser scheinbar makellosen Erfolgsbilanz. Ja, er hatte »Ordnung« geschaffen – aber nur mit Hilfe eines ausgefeilten Repressions- und Terrorsystems, von dem die ehemaligen politischen Gegner, Kommunisten und Sozialdemokraten, oppositionelle katholische Priester und protestantische Pastoren, als »asozial« stigmatisierte Randgruppen der Gesellschaft, vor allem aber die gänzlich entrechtete und drangsalierte jüdische Minderheit betroffen waren. Mit dem von Hitler befohlenen Novemberpogrom 1938 hatte sich das »Dritte Reich« endgültig aus dem Kreis der zivilisierten Nationen verabschiedet. Die Arbeitslosigkeit war in der Tat in überraschend kurzer

Zeit beseitigt, die Aufrüstung enorm beschleunigt worden – aber nur auf Kosten einer abenteuerlich unsoliden Finanzpolitik, die langfristig desaströse Folgen zeitigen musste. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages waren Zug um Zug revidiert worden – aber nur, weil die Westmächte sich immer wieder von Hitlers Friedensbeteuerungen hatten täuschen lassen und sich zu schwach fühlten, um ihm entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen. Mit der Einverleibung der sogenannten Rest-Tschechei Mitte März 1939, die den definitiven Bruch des Münchner Abkommens bedeutete, hatte der Diktator freilich auch in der Außenpolitik unwiderruflich eine Grenzlinie überschritten und jedes Vertrauenskapital verspielt.

Wenn Hitler sich selbst dafür feierte, die »tausendjährige historische Einheit des deutschen Lebensraums wiederhergestellt« zu haben, vergaß er selbstverständlich zu erwähnen, dass sein unverrückbares Ziel der Eroberung von »Lebensraum« sich weit über das »Großdeutsche Reich« hinaus auf Osteuropa erstrecken und durch einen fest ins Auge gefassten rassenideologischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion realisiert werden sollte. Schließlich: Der Diktator hatte das, was er als Erfolge reklamierte, keineswegs nur aus »eigener Kraft« bewerkstelligt; er hatte bei allen seinen Unternehmungen Helfer aus allen Institutionen und in allen gesellschaftlichen Schichten gefunden, die ihm bereitwillig zugearbeitet hatten, nicht selten sogar mit eigenen Initiativen vorausgeeilt waren.

In seinen »Anmerkungen zu Hitler« von 1978 hat Sebastian Haffner die These vertreten, dass auf dem Höhepunkt der allgemeinen Führergläubigkeit im Jahr 1938 »wohl mehr als neunzig Prozent aller Deutschen« Hitler-Anhänger gewesen seien.<sup>2</sup> Das dürfte zwar eine Übertreibung sein; aber dass der »Führer« sich besonders nach dem »Anschluss« Österreichs einer überwältigenden Zustimmung der deutschen Bevölkerung erfreute, kann wohl kaum bestritten werden. Wäre Hitler damals einem Attentat zum Opfer gefallen, hat Joachim Fest bemerkt, hätten nur wenige gezögert, »ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte zu nennen«.<sup>3</sup> Man kann derartige kontrafaktische Gedankenspiele noch weiterführen: Was wäre geschehen, wenn sich Hitler im Frühjahr 1939 – nach seinen letzten außenpolitischen Coups, der Angliederung des tschechischen Rumpfstaates und des Memellandes – dazu entschlossen hätte, einen Kurswechsel vorzunehmen und sich mit dem erreichten Gewinn zufriedenzugeben?

Solche Spekulationen sind jedoch gänzlich müßig, weil, wie im ersten Band ausgeführt wurde, ein Haltmachen, gar eine Umkehr auf dem einge-

schlagenen Weg in den Krieg dem gewaltsamen Bewegungsgesetz seines Regimes, aber auch der Natur seiner Persönlichkeit widersprochen hätte. »Wie ein elektrischer Hochspannungskondensator, der sich nach jedem Kraftstoß langsam wieder auflädt, um dann, wenn die Zündspannung erreicht ist, sich plötzlich in einem neuen Blitzschlag zu entladen, so erschien mir in jenem schicksalentscheidenden Jahr 1939 Hitler«, erinnerte sich Reichspressechef Otto Dietrich. »Er war wie ein Roulettespieler im Gewinn, der nicht aufhören kann, weil er glaubt, das System zu besitzen, mit dem er alles Verlorene wieder hereinholen und die Bank sprengen kann.«<sup>4</sup> Tatsächlich hatte Hitler unmittelbar nach der Münchner Konferenz vom 29./30. September 1938, deren Ergebnis er als Niederlage interpretierte, weil er um den gewünschten Krieg mit der Tschechoslowakei und damit um die Inbesitznahme des ganzen Landes gebracht worden war, bereits das nächste Ziel seiner Aggressionspolitik ins Auge gefasst: Polen, das Land, mit dem er im Januar 1934 zur Überraschung vieler einen Nichtangriffspakt geschlossen hatte.

Kaum hatte der britische Premierminister Neville Chamberlain am Vormittag des 30. September 1938 Hitlers Privatwohnung in der Münchner Prinzregentenstraße verlassen, um mit der gemeinsam unterzeichneten Erklärung, künftig alle Streitfragen friedlich regeln zu wollen, nach London zurückzufliegen, gab der Diktator seinen militärischen Adjutanten Rudolf Schmundt und Gerhard Engel zu verstehen, dass er sich an das gegebene Wort nicht gebunden fühle. »Die Lösung der umstrittenen Fragen mit Polen laufe ihm nicht weg«, erklärte er, doch: »Zur gegebenen Zeit würde er die Polen schon sturmreif schießen, dazu würde er die nunmehr bewährten Mittel anwenden.«<sup>5</sup> Die »bewährten Mittel« – das war eine Kombination von Lockung, Täuschung und Erpressung bis hin zur offenen Kriegsdrohung.

Zunächst versuchte man auf diplomatischem Wege, Polen den deutschen Wünschen gegenüber gefügig zu machen. Am 24. Oktober 1938 lud Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop den polnischen Botschafter Jozef Lipski ins Grand Hotel nach Berchtesgaden ein und schlug ihm eine »Generalvereinigung« aller zwischen den beiden Ländern bestehenden Reibungspunkte vor. Im Einzelnen verlangte er die Rückkehr der Freien Stadt Danzig in das Deutsche Reich und die Zustimmung Warschaus zum Bau einer extraterritorialen Eisenbahn- und Autobahnstrecke nach Ostpreußen durch den polnischen »Korridor«. Außerdem sollte Polen dem gegen die Sowjetunion gerichteten Antikominternpakt von

1936 beitreten. Im Gegenzug versprach die deutsche Seite, die Grenzen des polnischen Staates zu garantieren und den Nichtangriffspakt von 1934 »um zehn bis fünfundzwanzig Jahre« zu verlängern.<sup>6</sup>

Obwohl die dreistündige Unterredung in freundschaftlichem Ton verlaufen war, ließ sich die polnische Regierung nicht täuschen. In Warschau erkannte man klar, dass die deutschen Vorschläge nur den Anfang einer Offensive darstellten, die darauf abzielte, Polen in Abhängigkeit vom Deutschen Reich zu bringen und es auf eine gemeinsame Frontstellung gegen die Sowjetunion festzulegen. In seiner Antwort vom 19. November wies der polnische Außenminister Jozef Beck das Verlangen nach Eingliederung Danzigs in das Reich zurück; allenfalls könne man darüber nachdenken, das Völkerbundstatut durch einen deutsch-polnischen Vertrag zu ersetzen, wobei aber der Charakter Danzigs als Freistaat und die Zollunion mit Polen erhalten bleiben müsse. Auf die Frage einer exterritorialen Verbindung durch den Korridor ging Beck nicht ein; allerdings ließ Lipski, der Ribbentrop die polnische Antwortnote überbrachte, als seine persönliche Meinung durchblicken, dass hier ein Kompromiss gefunden werden könne.<sup>7</sup> Als ein unmissverständliches Zeichen seiner Absicht, auch weiterhin eine unabhängige Stellung zwischen den beiden mächtigen Nachbarn im Westen und Osten zu behaupten, verlängerte Polen am 27. November den im Juli 1932 abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit Moskau.

Hitler war über die unerwartete Zurückweisung seines Angebots erbost und befahl am 24. November dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Vorbereitungen zu treffen für »eine handstreichartige Besetzung von Danzig«. Allerdings wollte er zu diesem Zeitpunkt noch keinen Krieg mit Polen auslösen, sondern eine »politisch günstige Lage« für ein blitzartiges Manöver ausnutzen.<sup>8</sup> Am 5. Januar 1939 empfing der Diktator den polnischen Außenminister zu einer längeren Aussprache auf dem Berghof und konfrontierte ihn wiederum mit dem bekannten Forderungskatalog vom Oktober 1938. Zwar erklärte er, dass »ein starkes Polen für Deutschland einfach eine Notwendigkeit« sei, bekräftigte aber zugleich den deutschen Anspruch auf Danzig: »Danzig ist deutsch, wird stets deutsch bleiben und wird früher oder später zu Deutschland kommen.« Beck reagierte ausweichend – er wolle sich das Problem gern einmal in Ruhe überlegen –, verwies jedoch auf die öffentliche Meinung in Polen, die in dieser Frage sehr reizbar sei und ihm wenig Verhandlungsspielraum lasse. In dem Gespräch mit Ribbentrop am folgenden Tag in München blieb er bei seiner in der Form verbindlichen, in der Sache aber deutlich ablehnenden

Haltung. Und auch von seinem zweitägigen Gegenbesuch in Warschau Ende Januar musste der deutsche Außenminister mit leeren Händen zurückkehren.<sup>9</sup>

Dennoch vermied Hitler in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 alle aggressiven Töne gegen Polen. Vielmehr bezeichnete er den fünf Jahre zuvor geschlossenen Nichtangriffspakt als eine »wahrhaft erlösende Abmachung« und pries die »deutsch-polnische Freundschaft« als »eine der beruhigenden Erscheinungen des europäischen politischen Lebens«.<sup>10</sup> Für den Diktator stand in den ersten Monaten des Jahres 1939 nicht die künftige Auseinandersetzung mit dem östlichen Nachbarn im Vordergrund, sondern die Frage, wie er sich doch noch des tschechischen Rumpfstaaats bemächtigen könne, dessen Unversehrtheit er im Münchner Abkommen garantiert hatte. Nach einem Mittagessen in der Reichskanzlei Anfang Februar 1939 notierte Propagandaminister Goebbels: »Der Führer spricht jetzt fast nur noch über Außenpolitik. Er wälzt wieder neue Pläne. Eine napoleonische Natur!«<sup>11</sup> Dass der Diktator nach seinem Handstreich gegen Prag am 15. März als nächstes Ziel Polen ins Visier nehmen würde, das war einsichtigen Beobachtern klar. Allgemein werde vermutet, berichtete der polnische Generalkonsul in Leipzig an Botschafter Lipski, dass Hitler nach dem Anschluss des Memelgebiets »zur Regulierung der Ansprüche an Polen übergehen müsse, in erster Linie zur Übernahme Danzigs und des »Korridors««. Bei der Lösung dieser Fragen würde er bei der deutschen Bevölkerung »auf Verständnis und Anerkennung stoßen«.<sup>12</sup>

Am 21. März bestellte Ribbentrop den polnischen Botschafter in die Wilhelmstraße und legte ihm noch einmal, diesmal allerdings in geradezu ultimativer Form, die deutschen Forderungen vom Oktober 1938 und Januar 1939 vor. Hitler, so gab er zu verstehen, sei über die Haltung der polnischen Regierung »verwundert«; es komme nun darauf an, »daß er nicht den Eindruck erhalte, daß Polen einfach nicht wolle«.<sup>13</sup> Für Warschau war damit klargestellt, dass dem Land ein ähnliches Schicksal drohte wie der Tschechoslowakei. Gebe man den deutschen Forderungen nach, würde Berlin unweigerlich mit neuen kommen, und was eine von Hitler gegebene Garantie der Grenzen wert sei, habe man ja nun hinreichend im Falle Prags studieren können. Am 24. März erklärte Außenminister Beck vor seinen Mitarbeitern, Deutschland habe »seine Berechenbarkeit verloren«. Man dürfe Hitler nicht nachgeben, sondern müsse ihm mit Entschlossenheit entgegentreten und signalisieren, dass man notfalls auch kämpfen werde.<sup>14</sup> Auch Graf Jan Szembek, Staatssekretär im

polnischen Außenministerium, hielt in seinem Tagebuch fest: »Meiner Meinung nach müssen wir den Deutschen jetzt die Zähne zeigen.«<sup>15</sup>

Am 26. März kehrte Lipski nach Berlin zurück und überreichte Ribbentrop ein Memorandum der polnischen Regierung, in dem die deutschen Vorschläge rundweg abgelehnt wurden. In höflicher, doch unmissverständlicher Form ließ Beck zudem ausrichten, dass er Ribbentrops Einladung zu einem Besuch nach Berlin gern folgen werde, allerdings müsse er diplomatisch sorgfältig vorbereitet werden. Keineswegs wollte der polnische Außenminister einem jener brutalen Erpressungsmanöver ausgeliefert sein, wie sie der österreichische Kanzler Schuschnigg im Februar 1938 und der tschechische Staatspräsident Hacha im März 1939 erlebt hatten. Ribbentrop reagierte äußerst schroff: Wenn die Dinge sich so weiterentwickelten wie bisher, könne »in Kürze eine ernste Situation entstehen«. Unverhüllt drohte er damit, Deutschland würde »eine Verletzung des Danziger Hoheitsgebietes durch polnische Truppen« als Angriff auf seine Reichsgrenze betrachten und entsprechend beantworten.<sup>16</sup> Daraufhin berief Beck den deutschen Botschafter in Warschau, Hans Adolf von Moltke, am Abend des 28. März ins polnische Außenministerium und erklärte ihm, Polen seinerseits würde den *casus belli* darin sehen, »wenn deutscherseits ein Versuch unternommen würde, das Statut der Freien Stadt einseitig abzuändern«. Polen sei weiterhin an Verhandlungen interessiert, aber ihm dränge sich immer mehr der Eindruck auf, dass man an einem »Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen« angelangt sei.<sup>17</sup>

Hitler war in diesen Tagen noch unschlüssig, wie er auf die abwartende Haltung Polens reagieren sollte. Am Abend des 24. März, nach der Rückkehr aus dem ans Reich angeschlossenen Memelgebiet, sprach er mit Goebbels über seine künftigen Pläne: »Der Führer grübelt über die Lösung der Frage Danzig nach. Er will es bei Polen mit etwas Druck versuchen und hofft, daß es darauf reagiert.« In diesem Sinne äußerte sich Hitler auch am Mittagstisch in der Reichskanzlei am folgenden Tag: »Polen hat sich noch nicht entschieden wegen Danzig, aber unser Druck wird verstärkt. Wir hoffen, zum Ziele zu kommen.«<sup>18</sup> Dem Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, eröffnete Hitler, er beabsichtige zurzeit noch nicht, die »Danziger Frage« gewaltsam zu lösen, weil er Polen nicht »in die Arme Englands treiben« wolle. Allerdings könne »in naher Zukunft« unter »besonders günstigen politischen Voraussetzungen« eine Situation eintreten, die eine Lösung der »polnischen Frage« insgesamt notwendig erscheinen lasse. Auf diesen Fall sollte sich die Wehrmacht nun generalstabsmäßig vorbereiten. »Polen soll dann so niedergeschlagen werden,

daß es in den nächsten Jahrzehnten als politischer Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt werden brauchte.«<sup>19</sup> Noch am späten Abend des 25. März reiste Hitler nach München und Berchtesgaden ab, um ein paar Tage auszuspannen. Er war also nicht in Berlin, als Botschafter Lipski die definitive polnische Absage überbrachte, doch dürfte ihn Ribbentrop umgehend darüber informiert haben. Wie er darauf reagierte, lässt sich dem Tagebuch von Goebbels entnehmen, der nach einem Telefongespräch mit dem »Führer« am 27. März notierte: »Polen macht noch große Schwierigkeiten. Die Polacken sind und bleiben natürlich unsere Feinde, wenngleich sie uns aus Eigennutz in der Vergangenheit manchen Dienst getan haben.«<sup>20</sup>

Am 30. März kehrte Hitler nach Berlin zurück und nahm umgehend Gespräche mit dem Außenminister auf. »Eine gewisse Spannung lag in der Luft«, erinnerte sich Adjutant Nicolaus von Below.<sup>21</sup> Einen Tag später trat eine Wende ein, mit der der Diktator nicht gerechnet hatte: Chamberlain gab vor dem britischen Unterhaus eine Garantieerklärung für Polens Unabhängigkeit ab. Sollte diese ernsthaft bedroht sein, werde die britische Regierung der polnischen Regierung jede in ihrer Macht stehende Unterstützung zuteilwerden lassen. Dieser Erklärung schloss sich auch die französische Regierung an. Damit war klargestellt: Ein deutscher Angriff auf Polen würde Krieg mit den Westmächten bedeuten. (Am 13. April wurde eine entsprechende Garantie auch auf Rumänien und Griechenland ausgedehnt.) In London hatte man nach dem eklatanten Bruch des Münchner Abkommens endlich begriffen, dass Hitler mit den Mitteln der Beschwichtigung, des *appeasement*, nicht von seinem Kriegskurs abzubringen war. »Das Hauptziel unserer Garantie an Polen«, fasste der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Alexander Cadogan, als Motiv für den Richtungswechsel zusammen, »besteht darin, Deutschland von weiteren Aggressionsakten abzuschrecken.«<sup>22</sup> Anfang April reiste der polnische Außenminister Beck nach London. Anschließend wurde bekanntgegeben, die beiden Länder hätten vereinbart, einen Beistandspakt abzuschließen. Das werde Hitler »für den Augenblick zum Halten bringen, denn Gewalt ist etwas, das er versteht und respektiert«, zeigte sich der amerikanische Korrespondent in Berlin, William Shirer, überzeugt.<sup>23</sup>

Hitler erfuhr von der britischen Garantieerklärung für Polen am Abend des 31. März, als er in seinem Sonderzug saß, der ihn nach Wilhelmshaven brachte. Dort sollte am Vormittag des 1. April der Stapellauf der »Tirpitz« stattfinden, des zweiten großen Schlachtschiffs nach der »Bismarck«. In



seiner Rede bei einer Massenkundgebung auf dem Rathausmarkt am Nachmittag ging er bereits auf die neue Entwicklung ein. Großbritannien, behauptete er, betreibe wie vor 1914 eine »Einkreisungspolitik« gegen das Deutsche Reich. Er drohte damit, im Gegenzug das Flottenabkommen von 1935 aufzukündigen, und er richtete eine unmissverständliche Warnung an die »Trabantenstaaten« – gemeint war natürlich vor allem Polen: Wer für die Westmächte »die Kastanien aus dem Feuer zu holen« bereit sei, müsse darauf gefasst sein, »daß er sich dabei die Finger verbrennt«. <sup>24</sup> »Einkreisung« – damit hatte Hitler das Stichwort geliefert, das Goebbels sogleich aufgriff und in den folgenden Wochen zum zentralen Thema der antibritischen Propaganda machte. Analog zur Situation vor 1914 sollte damit Bedrohungsangst geschürt und schon im Voraus die Schuld an einem eventuell ausbrechenden Krieg der englischen Regierung zugewiesen werden. <sup>25</sup>

Noch am Abend des 1. April ging Hitler an Bord des gerade in Dienst gestellten KdF-Kreuzfahrtschiffes »Robert Ley«, das zu einer mehrtägigen Jungfernfahrt in See stach. Er gab sich leger im Kreis der Urlauber, ließ sich bereitwillig fotografieren und genoss die Begeisterung und Verehrung, die ihm von allen Seiten entgegenschlug. Am Mittag des 4. April legte die »Robert Ley« im Hamburger Hafen an. Hitler fuhr zum Bahnhof Dammtor und reiste im Sonderzug nach Berlin, wo er allerdings nur für ein paar Stunden Station machte, um anschließend zu einem längeren Aufenthalt auf dem Obersalzberg aufzubrechen. <sup>26</sup>

Am 3. April, noch während der KdF-Fahrt, hatte der Diktator das Oberkommando der Wehrmacht angewiesen, die Vorbereitungen für einen Angriff auf Polen, den »Fall Weiß«, so einzurichten, »daß die Durchführung ab 1. 9. 1939 jederzeit möglich ist«. <sup>27</sup> Am 11. April, einen Tag nach Ostern, unterzeichnete Hitler auf dem Berghof die »Weisung für einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht für 1939/40«. In dem Abschnitt, der den »Fall Weiß« betraf, hieß es zwar einleitend, Deutschland wolle weiterhin »Störungen« im Verhältnis zu Polen vermeiden. Sollte der östliche Nachbar jedoch »eine das Reich bedrohliche Haltung« einnehmen, so könne ungeachtet des noch gültigen Nichtangriffspakts »eine endgültige Abrechnung« notwendig werden: »Das Ziel ist es dann, die polnische Wehrkraft zu zerschlagen und eine den Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Lage im Osten zu schaffen. Der Freistaat Danzig wird spätestens mit Beginn des Konfliktes als deutsches Reichsgebiet erklärt. Die politische Führung sieht es als ihre Aufgabe an, Polen in diesem Fall womöglich zu isolieren, d. h. den Krieg auf Polen zu beschränken.« Der

Wehrmacht wurde aufgetragen, die polnische Armee zu vernichten. Dazu sei »ein überraschender Angriffstermin anzustreben und vorzubereiten«.<sup>28</sup> Offensichtlich wollte Hitler, wie es dann auch geschah, Polen überfallen, ohne ihm förmlich den Krieg erklärt zu haben.

Hatte die Generalität im Jahr zuvor im Hinblick auf Hitlers Kriegspläne gegen die Tschechoslowakei noch deutliche Reserven erkennen lassen, so war davon jetzt nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil: In einer Ansprache vor höheren Offizieren in der zweiten Aprilhälfte stellte sich Generalstabschef Franz Halder rückhaltlos hinter die »hervorragende, (...) instinkt-sichere Politik des Führers«. Polen sei aufgrund der technischen Rückständigkeit seiner Armeen und der schlechten Ausbildung seiner Soldaten »kein ernstzunehmender Gegner«, und die Wehrmacht habe dafür zu sorgen, dass es »auf dem schnellsten Wege« vernichtend geschlagen werde. »Wir müssen in spätestens drei Wochen mit Polen fertig sein, ja, möglichst schon in 14 Tagen.« In diesem Fall glaubte Halder, auch das Risiko eines Eingreifens Englands und Frankreichs in Kauf nehmen zu können.<sup>29</sup> Die alten antipolnischen Ressentiments der nationalkonservativen deutschen Militärelite machten sich hier wieder bemerkbar; ein Krieg gegen den verhassten östlichen Nachbarn war gewissermaßen die Traumkonstellation. Diesmal musste Hitler nicht befürchten, dass ihm die Befehlshaber des Heeres Schwierigkeiten bereiten könnten.

Erst am 18. April fand sich Hitler wieder in der Reichshauptstadt ein, die ganz im Zeichen der Vorbereitung auf seinen 50. Geburtstag stand. Trotz des dichtgedrängten Programms empfing er am Vorabend den rumänischen Außenminister Grigore Gafencu zu einer zweistündigen Audienz und machte seinem Groll über die britische Garantieerklärung an Polen Luft: Wenn England den Krieg wolle, so solle es ihn bekommen. »Aber das wird kein leichter Krieg werden, wie es sich ihn vorstellt, (...) es wird ein Zerstörungskrieg werden, wie keine Phantasie ihn sich ausmalen kann.«<sup>30</sup> Hitlers Tage nach den Geburtstagsfeierlichkeiten waren ausgefüllt mit der Arbeit an einer Reichstagsrede, mit der er auf eine Botschaft des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt antworten wollte.<sup>31</sup>

In Washington war man alarmiert über den deutschen »Griff nach Prag« am 15. März und die Besetzung Albaniens durch Italien drei Wochen später. Am 14. April richtete Roosevelt an Hitler und Mussolini einen Appell, zu einer Politik friedlicher Ziele und Methoden zurückzukehren und wieder an Verhandlungen über eine Abrüstung teilzunehmen. Namentlich führte er 31 Staaten nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen und

Mittleren Osten auf und verlangte von der deutschen und italienischen Regierung die Zusicherung, dass sie keinen dieser Staaten angreifen wollten.<sup>32</sup> Hitler empfand das als eine Zumutung – »ein dummdreister neuer Wilson-Schwindel«, empörte er sich gegenüber Goebbels<sup>33</sup> – und nutzte in seiner zweieinhalbstündigen Rede im Reichstag am 28. April die Gelegenheit, um Hohn und Spott über den amerikanischen Präsidenten auszuüben. Er habe bei jedem einzelnen der genannten Staaten nachgefragt, ob sie sich von Deutschland bedroht fühlten, die Antwort sei »eine durchgehend negative, zum Teil schroff ablehnende« gewesen. Einige Staaten hätten allerdings nicht gefragt werden können, »weil sie sich – wie zum Beispiel Syrien – zur Zeit nicht im Besitz ihrer Freiheit befinden, sondern von den militärischen Kräften demokratischer Staaten besetzt gehalten und damit rechtlos gemacht sind.«<sup>34</sup>

Marianne von Weizsäcker, die Frau des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Ernst von Weizsäcker, war beeindruckt. Besonders mit den auf den Versailler Vertrag zielenden Passagen der Rede habe ihr Hitler »aus dem Herzen gesprochen«: »Was man damals fühlte, das wurde heute gesagt«, schrieb sie in einem Brief.<sup>35</sup> »Hitler war heute wieder ein großartiger Schauspieler«, musste aber auch William Shirer widerwillig konstatieren, der den Auftritt von der Reportertribüne aus verfolgte. Seinen Sarkasmus habe der Redner mit »meisterlicher Attitüde (...) bis zur letzten ironischen Nuance« ausgespielt. Die Abgeordneten quittierten die Ausführungen mit brüllender Zustimmung.<sup>36</sup> Doch Hitler beschränkte sich nicht darauf, Roosevelt lächerlich zu machen. Zugleich gab er bekannt, dass er mit sofortiger Wirkung das deutsch-britische Flottenabkommen und den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt gekündigt habe. Wie üblich wies der Diktator, die Tatsachen dreist verdrehend, die Schuld der Gegenseite zu: Durch seine Deutschland gegenüber betriebene »Politik der Einkreisung« habe Großbritannien die Grundlage des gegenseitigen Vertrauens zerstört, und auch Polen habe sich, indem es sich Großbritannien gegenüber zum Beistand verpflichtete, das Abkommen von 1934 einseitig verletzt. In Warschau reagierte man auf die neuerliche Provokation aus Berlin mit Zurückhaltung. In einer großen Rede vor dem Parlament bekräftigte Außenminister Beck die Entschlossenheit seiner Regierung, sich den deutschen Pressionen nicht zu beugen: »Den Begriff des Friedens um jeden Preis kennen wir Polen nicht. Im Leben der Menschen, der Völker und der Staaten gibt es nur ein Gut, das keinen Preis hat: die Ehre!«<sup>37</sup>